

# KOMMENTARE

## Viele Unbekannte

Norbert Holst  
zu Koalitionsspekulationen

Sie erinnern sich noch an Paul? Paul war das Orakel in Gestalt einer Krake, die die Siege der deutschen Mannschaft bei der Fußball-WM 2010 vorausgesagt hat. Einen Zintenfisch mit hellseherischen Fähigkeiten scheint das politische Berlin nicht zu brauchen: Dort wird schon ohne tierische Hilfe kräftig über Koalitionen nach der Bundestagswahl orakelt.

Zur Erinnerung: Bis dahin sind es noch zwölf lange, lange Monate. Doch FDP-Nordlicht Wolfgang Kubicki und Entwicklungshilfe-Minister Dirk Niebel lassen schon mal den Ampel-Testballon steigen, angesichts von Zustimmungswerten bei annähernd 40 Prozent quälen Medienvertreter Politiker von Union und SPD mit Fragen nach einer Großen Koalition, und Linken-Chef Bernd Riexinger versucht sogar das längst eingemottete Modell Rot-Rot-Grün aufzuhübschen.

Das hat alles viel mit Kaffeesatzleserei zu tun. Der designierte SPD-Spitzenkandidat Peer Steinbrück läuft sich noch warm, die als wegwesend geltende Niedersach-

sen-Wahl steht erst im Januar an, und niemand weiß, wie es mit FDP und Piraten weitergeht. Doch viele Meinungsforscher, Journalisten und Politiker tun so, als ließe sich der Ausgang der Wahl bereits errechnen.

Dabei ist das ein Spiel mit vielen Unbekannten. Wird es Steinbrück gelingen, eine Neuaufgabe von Merkels Strategie der „asymmetrischen Demobilisierung“ (kontroverse Themen vermeiden, damit SPD-Anhänger nicht wählen gehen) von 2009 zu verhindern? Und niemand weiß, wie sich Themen entwickeln werden, die die Karten in Berlin ganz neu mischen könnten: die Krise des Euros, eine Eintrübung der Konjunktur, die Gefahr eines Atomkriegs zwischen Israel und Iran.

Ein Blick zurück sollte vor Umfragenhörigkeit und damit einhergehenden Koalitionsspekulationen warnen. Vor der jüngsten Bundestagswahl etwa hatte keines der Meinungsforschungsinstitute die sensationellen 14,6 Prozent für die FDP auf dem Zettel. Und wenige Monate vor der Wahl 2002 schienen Kanzler Schröder und sein rot-grünes Regierungsprojekt schon erledigt. Dann kam der Irak-Krieg und eine Flut – Schröder konnte weiterregieren.

norbert.holst@weser-kurier.de

## Ein leichter Gegner

Alexei Makartsev  
zum Labour-Parteitag

Es ist erstaunlich, wie siegesicher sich Labour in Großbritannien gibt. Noch vor zwei Jahren lag die Partei des damaligen Premiers Gordon Brown am Boden, abgewählt wegen ihres Ideenmangels und der Inkompetenz. Wie auf dem Herbstparteitag der Opposition deutlich wurde, strotzt die einstige Verlierertruppe heute vor Selbstbewusstsein und positiver Energie.

Es gibt zwei Gründe, warum Labour wieder auf die Rückkehr in die Downing Street hoffen darf. Erstens sind David Cameron und seine Koalition ein leichter Gegner. Den regierenden Tories und Liberaldemokraten fehlt ein überzeugender Plan für eine Modernisierung des Königreichs bei gleichzeitigen eisernen Sparbemühungen. Camerons Glaubwürdigkeit hat durch Kehrtwenden und unreife Reformen gelitten. Seine Krisen-Rhetorik nutzt sich ab, noch ehe die Briten die ersten Erfolge beim Schuldenabbau erleben durften. Die Wähler sehnen sich nach positiver Zuversicht. Zurzeit gelingt es Labour besser, den Menschen Mut zu machen, weswegen die Mitte-Links-Partei in den Umfragen führt.

Der zweite Grund ist der politische Reifeprozess von Ed Miliband, der 2010 seinen favorisierten Bruder David um den Parteivorsitz gebracht hat. Der jüngere Miliband hat seitdem seine Stimme gefunden und viel gelernt. Als Ergebnis gehen seine Schläge gegen Cameron seltener ins Leere. Ed Milibands humorvolle und persönliche Rede in Manchester war eine enorme Steigerung gegenüber dem Vorjahr, und sie erfüllte die Partei mit neuem Kampfgeist. Nun darf der linksgerichtete Visionär darauf hoffen, dass das Eis zwischen ihm und dem Publikum allmählich schmelzen wird.

Trotz all dieser Fortschritte muss Labour bis zur Wahl 2015 noch einige große Hürden nehmen. Die Partei scheint dazu gut gerüstet, zudem darf sie darauf hoffen, dass Camerons Bündnis sich an der schwierigen Sanierung der Staatsfinanzen die Zähne ausbeißt. In einer Hinsicht ist allerdings der überbordende Optimismus der Opposition nicht gerechtfertigt. Labour hat die finanzielle Misere des Königreichs und die Bankenkrise mitverantwortlich. Die Briten haben das nicht vergessen. Die Wähler werden Milibands Partei nur vergeben, wenn sie für die Fehler der Vergangenheit die Verantwortung übernimmt und die Menschen mit neuen, fortschrittlichen Ideen mitreißt. politik@weser-kurier.de

## Tillich gedenkt der Ghettohelden



Ministerpräsident Tillich am Denkmal für den Warschauer Aufstand.

FOTO: DPA

Dresden-Warschau (wk). Der Ghettohelden von Warschau hat gestern Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) mit einer Delegation am Denkmal für den War-

schauer Aufstand gedacht. Tillich informierte sich auch über das Museum der Geschichte der polnischen Juden, das gerade in Warschau entsteht und 2013 eröffnen

soll. Sachsens Landesvater bereist gemeinsam mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft Polen mit den Stationen, Warschau, Breslau und Lubin.

## „Eine rote Linie überschritten“

### Weitere Details zu Steinbrücks Nebentätigkeiten / Neue Regeln gefordert

Obleich Peer Steinbrück sein Aufsichtsrats-Mandat bei Thyssen-Krupp niederlegen will und seine Vortragstätigkeit eingeschränkt hat – seine Nebeneinkünfte haben eine generelle Debatte ausgelöst. Es gibt Forderungen nach mehr Transparenz, auch in der SPD.

VON STEFANIE GRUBE  
UND RUPPERT MAYR

Berlin. Schon nach der Bekanntgabe seiner Kandidatur hat Peer Steinbrück Konsequenzen gezogen: Er kündigte an, nicht mehr im Aufsichtsrat von Thyssen-Krupp sitzen zu wollen, hat er bekannt gegeben. Obendrein wolle er auch keine honorarpflichtigen Vorträge mehr halten. Nur im Aufsichtsrat von Borussia Dortmund will er bleiben, „wo es erkennbar niemals zu einem Interessenkonflikt kommen kann“, so begründete Steinbrück diese Ausnahme.

Die Übersicht über die Nebenverdienste des designierten SPD-Kanzlerkandidaten hat dennoch eine generelle Debatte über die Regeln für Nebeneinkünfte von Abgeordneten ausgelöst. Vertreter der SPD-Linken forderten Gesetzesänderungen. Der Parlamentsgeschäftsführer der Grünen, Volker Beck, hielt den Koalitionsfraktionen von Union und FDP vor, entsprechende Regelungen nicht zu wollen. Beck beklagte

gestern: „Seit drei Jahren verhandeln wir mit der Koalition über eine Änderung der Verhaltensregeln für Abgeordnete (...) ohne konkretes Resultat.“ Die schwarz-gelben Forderungen zu mehr Transparenz bei den Nebentätigkeiten Steinbrücks seien heuchlerisch.

Nach dem seit 2007 geltenden Recht müssen die Abgeordneten bezahlte Tätigkeiten neben dem Mandat melden. Auf der Internetseite des Bundestages ist nachzulesen, welche Einkünfte Abgeordnete neben ihren Diäten haben. Angegeben werden muss jede Tätigkeit, die monatlich mehr als 1000 Euro oder jährlich mehr als 10 000 Euro einbringt. Die einmaligen und regelmäßigen Einkünfte werden in drei Gruppen unterteilt. Aus dieser Regelung ergibt sich eine gewisse Grauzone. Denn Vorträge der Stufe 3, für die mehr als 7000 Euro bezahlt werden, sind in dieser Liste nicht mehr voll erfasst.

Seit Herbst 2009 hat Steinbrück, wie aus einer Übersicht des Bundestages hervorgeht, mehr als 75 Vorträge gehalten, das Gros zählte zu Stufe 3. In diesem Jahr sind bislang sechs Vorträge verzeichnet, viel weniger als in den Vorjahren. Steinbrück gilt dennoch als einer der Top-Nebenverdiener im Parlament, was wohl auch durch seine „publizistischen Tätigkeiten“ kommt: Sein Buch „Unterm Strich“ stand 2010 auf den Bestseller-Listen.

Andere Tätigkeiten sind problematischer: So sieht sich Steinbrück mit dem Vorwurf konfrontiert, er habe 2011 einen Vortrag bei einer Anwaltskanzlei gehalten, die 2008/09 im Auftrag des damals von ihm geführten Finanzministeriums zwei Gesetze und eine Verordnung erarbeitet hatte. Für den Vortrag erhielt er nach Bundestagsangaben ein Honorar der höchsten Veröffentlichungsstufe. Nach Angaben des Finanzministeriums von 2009 hat die Kanzlei das Finanzmarktstabilisierungsgesetz und die Finanzmarktstabilisierungsfonds-Verordnung erarbeitet sowie ein dazugehöriges Ergänzungsgesetz.

Damit sei, so der Vorsitzende der Linkspartei Bernd Riexinger in „Kölnler Stadt-Anzeiger“, „eine rote Linie überschritten“. Es hat mehr als ein Geschmäckerle, wenn man als Minister eine Lobbykanzlei ein milliardenschweres Bankenrettungsgesetz schreiben lässt und danach bei derselben Kanzlei für ein Fantasiehonorar als Referent auftritt.

Ebenfalls als Finanzminister hatte Steinbrück 2006 auf einem Ministeriumsbriefbogen Firmen aufgefordert, für die Schachweltmeisterschaft zu spenden. Er schrieb auch die Telekom und die Post an – Unternehmen, an denen der Bund damals Anteile hatte. In der ARD sagte er dazu: „Vom heutigen Standpunkt aus würde ich das nicht wieder tun.“

## Junge Koalitionsabgeordnete legen eigenes Rentenkonzept vor

### Arbeitsministerin von der Leyen ist gegen den Vorstoß

Berlin (wk). Der Renten-Vorstoß junger Koalitionspolitiker hat in der Union ein geteiltes Echo ausgelöst: Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) lehnte das Konzept ab, in der CDU/CSU-Fraktion stieß es hingegen auf Wohlwollen.

Das von 14 Abgeordneten aus Union und FDP vorgelegte Papier sieht vor, die privaten Renten nicht mehr wie bisher komplett auf die staatliche Grundsicherung anzurechnen. Vielmehr soll jenen, die wegen zu geringer Renten auf die Grundsicherung angewiesen sind, ein Freibetrag von mindestens 100 Euro aus der privaten Altersvorsorge bleiben. In dem Papier wird zudem vorgeschlagen, Möglichkeiten eines gleitenden Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand zu schaffen. Dafür sollten die Hinzuverdienstgrenzen beim vorgezogenen Rentenbezug aufgehoben werden.

Zu den Urhebern des Konzeptes gehören die Abgeordneten Jens Spahn, Philipp Mißfelder und Marco Wanderwitz (alle CDU) sowie Miriam Gruß, Pascal Kober und Johannes Vogel (alle FDP). Der Vorstoß versteht sich als Gegenmodell zu der von Ministerin von der Leyen geplanten Zuschussrente, mit der die Rentenbezüge von Ge-

ringverdienern im Bedarfsfall auf bis zu 850 aufgestockt werden sollen. Von der Leyen kritisierte den Vorstoß der jungen Abgeordneten als „einseitig“. Er belohne ausschließlich die private Altersvorsorge. Dass jemand jahrzehntelang in die gesetzliche Rentenkasse eingezahlt habe, spiele plötzlich keine Rolle mehr. „Das kann nicht die Kompromisslösung sein, die wir suchen.“

Unions-Parlamentsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer (CDU) lobte das Konzept der jungen Abgeordneten als wichtigen Beitrag zur gegenwärtigen Debatte. Es werde „eine Grundlage für die Beratungen in der Fraktion bilden“. Der CDU-Abgeordnete Spahn sagte, die steuerfinanzierte Grundsicherung sei der bessere Weg zur Bekämpfung der Altersarmut als von der Leyens Vorschlag einer weitgehend beitragsfinanzierten Zuschussrente.

Kritik kam wiederum von SPD und DGB. Geringverdiener hätten häufig gar nicht die finanziellen Möglichkeiten, privat vorzusorgen, sagten SPD-Chef Sigmar Gabriel und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer nach ihrem Spitzentreffen in Berlin. Bei der Begegnung wurde die Höhe des künftigen Rentenniveaus strittig diskutiert, wie Sommer sagte.



Ursula von der Leyen  
FOTO: DPA

## Kein Votum über Steuerabkommen

### Schweizer lehnen Volksentscheid ab

Bern (wk). Die Schweizer werden nicht über das umstrittene Steuerabkommen mit Deutschland abstimmen. Eine Initiative für eine Volksabstimmung scheiterte, weil die Mindestzahl von 50 000 rechtsgültigen Unterschriften „um mindestens 1500 Unterschriften verfehlt“ wurde. Das teilte die Schweizer Bundeskanzlei jetzt in Bern nach Prüfung der Unterschriftenlisten mit.

In Deutschland regt sich heftiger Widerstand gegen das Steuerabkommen. So wollen die SPD-regierten Länder den Vertrag im Bundesrat scheitern lassen. SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hatte vor Kurzem seine Kritik am Steuerdeal der Bundesregierung mit der Schweiz bekräftigt. Der nordrhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) nannte das Scheitern des Referendums in der Schweiz „eine innerschweizerische Angelegenheit“. Er fügte hinzu: „Meine Beurteilung des jetzigen Steuerabkommens hängt nicht von der Frage ab, wie über das Referendum in der Schweiz abgestimmt wird.“

Das Abkommen mit Deutschland sieht vor, dass deutsche Inhaber von Konten in der Schweiz zwischen 21 und maximal 41 Prozent an den Fiskus nachzahlen. Dafür dürfen sie anonym bleiben. Auf künftige Erträge deutscher Kunden sollen die Schweizer Geldinstitute 26,4 Prozent Steuern (inklusive Solidaritätszuschlag) erheben und an den Fiskus der Bundesrepublik abführen.

## Verfügbarkeit einschränken

Sabine Doll  
zum Umgang mit Alkohol

Es ist unpopulär, Verbote zu fordern. Schnell wird die Keule herausgeholt und argumentiert: Verbote jeglicher Art schränken die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen ein, sind undemokratisch, hilflos und führen doch zu nichts. Das war auch bei der Diskussion um das Nichtraucherschutzgesetz so.

Diese Debatten gibt es auch jedes Mal, wenn über Verbote und neue Regeln diskutiert wird, um das Alkoholtrinken von Jugendlichen in den Griff zu bekommen. Aufklärung ist der Schlüssel, Eltern müssen sich besser kümmern, das soziale Umfeld ist entscheidend, heißt es. Stimmt alles. Das ist eine gute Basis, aber längst kein Garant, dass Teenager nicht regelmäßig zur Flasche greifen. Vergessen oder vielleicht auch ausblendend, weil Erwachsene ebenfalls davon profitieren, wird die

permanente Verfügbarkeit von Alkohol. Überall, jederzeit, kann problemlos für Nachschub gesorgt werden. Und das gilt offenbar auch für Minderjährige, wie gerade Testkäufe gezeigt haben. Dass Jugendliche unter 18 Alkohol kaufen können, zeigt, dass das Jugendschutzgesetz in vielen Geschäften nicht ernst genommen wird.

Testkäufe sind ein Instrument, um die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes weitestgehend durchzusetzen. Sie reichen aber nicht aus, um die Verfügbarkeit von Alkohol einzuschränken. Hier muss die Politik mehr Verantwortung und auch Mut zeigen, statt sich auf erprobte, aber nicht weit genug reichende Konzepte zu verlassen. In Baden-Württemberg hat die Politik das erkannt und vor zwei Jahren ein nächtliches Verkaufsverbot für Alkohol zwischen 22 und fünf Uhr eingeführt. Laut Bremer Gesundheitsbehörde wartet man gespannt auf die Ergebnisse, um ein ähnliches Verbot zu prüfen. Hoffentlich mit positivem Ergebnis. sabine.doll@weser-kurier.de

## „Minijobs bieten nur Fehlanreiz“

Gütersloh-Berlin (wk). Minijobs verschärfen nach einer neuen Studie der Bertelsmann-Stiftung den Fachkräftemangel und die Ungleichverteilung von Einkommen. Im Ergebnis stellten Minijobs vor allem „eine hohe Hürde für den substanziellen Wiedereinstieg von Müttern ins Erwerbsleben dar“, heißt es in der 70-seitigen Expertise. Die Pläne der Bundesregierung zur Anhebung der Minijob-Verdienstgrenze von 400 auf 450 Euro seien vor diesem Hintergrund eine „vertane Chance“, warnte der Arbeitsmarktforscher und Mitautor Eric Thode. Ursache des Problems sei zum einen der abrupte Anstieg der Abgaben- und Steuerbelastung an der oberen Verdienstgrenze der begünstigten Minijobs. Zusätzlich werde dieser „Fehlanreiz“ oft gerade für gut ausgebildete Ehefrauen noch durch die Effekte des Ehegattensplittings bei der Einkommensteuer verschärft.

## Entwicklungshilfe für Türkei fällt weg

Berlin (epd). Die Türkei bekommt von Deutschland keine Entwicklungshilfe mehr. Wegen der Leistungsfähigkeit des Landes sei die klassische Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr nötig, teilte das Bundesentwicklungsministerium in Berlin mit. Noch ausstehende Mittel von mehr als 92 Millionen Euro würden für nachhaltige Energieprojekte eingesetzt. Die Türkei war mehr als ein halbes Jahrhundert lang eines der Partnerländer in der Entwicklungshilfe. Der Entwicklungsstaatssekretär Hans-Jürgen Beerfeldt hob die erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung von Ländern wie der Türkei, aber auch China oder Südkorea hervor. Künftig solle es neue Formen der Zusammenarbeit mit der Türkei geben, hieß es aus dem Ministerium. Als Beispiele wurden neue Finanzierungsmechanismen für Projekte zum Klimaschutz oder Dreiländer-Kooperationen genannt.